

Drei Funktionen politischer Parteien in repräsentativen Demokratien

Fabio Wolkenstein

Zusammenfassung

Das Verhältnis von Parteien und Demokratie gilt gemeinhin als angespannt und problematisch. Dieser Beitrag rekonstruiert unter Rückgriff auf normative Demokratietheorien drei zentrale Funktionen politischer Parteien in repräsentativen Demokratien westlicher Prägung, eine aggregative, motivationale und deliberative Funktion. Die Befunde der empirischen Parteienforschung weisen auf eine Schwächung dieser drei Funktionen hin, die durch den organisationalen Wandel der Parteien in den letzten drei Jahrzehnten bedingt ist.

Schlagwörter: Parteien, Demokratie, Demokratietheorie, Partizipation, Kartellparteien

Three Functions of Political Parties in Representative Democracies

Abstract

Political parties and democracy are often said to have an uneasy alliance. This article reconstructs three core functions of parties in Western representative democracies, drawing on normative democratic theory. It is argued that parties serve aggregative, motivational and deliberative functions in representative democracies. Recent findings and debates in party scholarship suggest that parties gradually lose their capacity to serve these functions because of organisational changes parties have undergone in the last three decades.

Keywords: political parties, democracy, democratic theory, participation, cartel parties

1. Einleitung

Seit dem Entstehen erster politischer Parteien wird das Verhältnis von Parteien und Demokratie als angespannt beschrieben. Paradigmatisches Beispiel ist Robert Michels' (1911/1989) *ehernes Gesetz der Oligarchie*. Dieses besagt, dass Parteien ab einer gewissen Mitgliederzahl gezwungen sind, hierarchische Strukturen einzuführen. In Folge, so Michels, bilde sich eine Oligarchie von BerufspolitikerInnen heraus, die abgekoppelt von Mitgliedern und WählerInnen eigene Interessen verfolgen. Für Michels stand dies nicht nur im Widerspruch zu einer demokratischen Organisation der Partei. Es unterbinde, so seine Befürchtung, auch das progressive Moment der Demokratie an sich, sozial Schwachen die Möglichkeit politischer Mitbestimmung zu geben. Ein solch radikaler Pessimismus erstickt jede Hoffnung im Keim, dass politische Parteien der Mittlerfunktion zwischen Zivilgesellschaft und Staat nachkommen können, die ihnen ursprünglich zugeschrieben wurde. Ist es also ein notwendiger Schritt die Idee der Partei zu Gunsten anderer Formen demokratischer Mitbestimmung zu verwerfen? Und wohnen Parteien tatsächlich jene undemokratischen Defekte inne, die Michels kritisierte?

Dieser Beitrag soll zeigen, was Parteien in repräsentativen Demokratien leisten sollen und können. Parteien, so das zentrale Argument, erfüllen (1) aggregative, (2) motivationale und (3) deliberative Funktionen; ihre Kapazität diese Funktionen zu erfüllen wurde jedoch durch den organisationalen Wandel der Parteien in den vergangenen drei Jahrzehnten geschwächt.

Das Argument wird in drei Schritten entwickelt. Erstens möchte ich zeigen, auf welche Weise Parteien aggregative, motivationale und deliberative Funktionen erfüllen können. Diese drei zentralen Aufgaben politischer Parteien werden unter Rückgriff auf normative Demokratietheorie rekonstruiert. Zweitens werden aktuelle Befunde der politikwissenschaftlichen Parteienforschung in Hinblick auf Parteien und Demokratie diskutiert. Hier steht der organisationale Wandel etablierter Parteien in den vergangenen drei Jahrzehnten im Mittelpunkt des Interesses. Im dritten Schritt soll untersucht werden, wie sich die organisationalen Veränderungen auf die im ersten Schritt entwickelten Funktionen politischer Parteien auswirken. Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass Parteien aufgrund ihrer veränderten organisationalen Funktionslogik Gefahr laufen, ihre zentralen Funktionen in westlichen repräsentativen Demokratien einzubüßen. Die im ersten

Schritt entwickelten normativen Standards bilden jedoch eine Richtschnur für die Formulierung demokratischer Reformimpulse für Parteien.

2. Normative Vorbemerkungen: was Parteien können und sollen

Politische Parteien sind zentrale Institutionen repräsentativer Demokratien westlicher Prägung. Idealtypisch erfüllen sie eine Mittlerfunktion zwischen Zivilgesellschaft und Regierung (Sartori 1976: ix). Sie repräsentieren unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und Weltinterpretationen im demokratischen Prozess. Deshalb standen Parteien seit ihrem Aufkommen im Mittelpunkt des Interesses der Politikwissenschaft. Zunächst soll unser Interesse aber der politischen Theorie gelten. Anders als die Politikwissenschaft blickte die politische Theorie stets mit Argwohn auf Parteien. Mit einer beachtlichen Dosis Polemik argumentierten Theoretiker seit Hobbes, dass Parteien als Handlanger partikularistischer Interessen das Gemeinwohl (einem Begriff, dem wir uns unten näher zuwenden werden) gefährden (Ball 1989: 155-176), oder als elitäre und undemokratische Organisationen der Demokratie ihren progressiven Impetus rauben (Michels 1911/1989; siehe auch Linz 2006). Heute, in Zeiten oftmals konstatiertes Entpolitisierung (Hay 2007: 90-122; Mair 2006), weitreichendem Desinteresse an politischen Parteien (Dalton/Wattenberg 2002) und der Erosion großer politischer Ideologien (Bell 1960), erscheinen die Einwände gegen Parteien mehr denn je berechtigt. Parteien, genau wie die Ideologien die ihnen einst eigen waren, wirken in den Augen vieler KommentatorInnen antiquiert.¹ Kurzum dürfte die Auffassung nicht unpopulär sein, dass eine "Demokratie ohne Parteien" (Goodin 2008: 205) einer Parteiendemokratie vorzuziehen sei.

Vor diesem Hintergrund nimmt jede Würdigung politischer Parteien notwendigerweise die Form einer Verteidigung an. E.E. Schattschneider's Schlüsselwerk *Party Government* (1942) beginnt etwa mit dem Argument, Parteien seien keine Schädlinge für die Demokratie, sondern hätten vielmehr Demokratie und politischen Pluralismus erst ermöglicht. Moderne

¹ Politischer Protest gegen den Status Quo der Parteiendemokratie äußert sich etwa in Form des Rechtspopulismus (vgl. Hutter 2012; Kriesi/Grande 2012), der oft das Versprechen direkt-demokratischer Mitbestimmung mit sich trägt.

Demokratien, so Schattschneiders (1942: 1) bekannte Worte, seien "undenkbar" (unthinkable) ohne Parteien. Er hatte in einem doppelten Sinne recht. Erstens sind Parteien schlichtweg eine politische Realität. Repräsentative Demokratien ohne Parteien sind ebenso unvorstellbar wie die plötzliche Abschaffung von Parteien. Zweitens erfüllen Parteien, wie ich in diesem Abschnitt zeigen werde, Schlüsselfunktionen in repräsentativen Demokratien.

Mit einem ähnlichen Ziel vor Augen haben sich in jüngster Zeit einige TheoretikerInnen der Verteidigung politischer Parteien verschrieben (Muirhead 2006; Muirhead/Rosenblum 2006; Rosenblum 2008; White/Ypi 2011). Diese Renaissance normativer Parteienliteratur ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Parteien in den Augen jener AutorInnen den Tendenzen der Entpolitisierung in westlichen Demokratien entgegenwirken können. Zum anderen ist sie als Gegenbewegung zu den demokratischen Minimalstandards vorherrschender ökonomischer Demokratiemodelle zu lesen.² Auf dieses Argument werde ich im dritten Teil des Artikels noch zurückkommen. Zu Anfang möchte ich aber entgegen solcher Minimalstandards drei zusammenhängende Kernfunktionen politischer Parteien herausarbeiten, eine (1) aggregative, (2) motivationale und (3) deliberative Funktion.

2.1 Die aggregative Funktion: politisch wirksam handeln

Beginnen wir mit der vielleicht wichtigsten Funktion politischer Parteien in Demokratien: Parteien ermöglichen politisch wirksames Handeln. In keiner Demokratie ist das Volk eine komplett homogene Einheit. Im Gegenteil: in jeder Gesellschaft findet sich eine Vielzahl von Interessen, Schicksalslagen und daraus folgenden Interpretationen des Gemeinwohls, also unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein (wie auch immer definiertes) Gemeinwesen für alle daran Beteiligten möglichst vorteilhaft organisiert sein soll.³ In pluralistischen Demokratien sollen diese unter-

schiedlichen Gemeinwohlinterpretationen miteinander friedlich existieren können. Dazu muss zwischen ihnen vermittelt werden - eine Rolle, die politische Parteien übernehmen, indem sie aggregativ wirken. Sie organisieren BürgerInnen mit ähnlichen Interpretationen des Gemeinwohls und geben ihnen damit Gewicht im demokratischen Prozess (Dies wird auch *manufacturing minorities* genannt. Siehe Muirhead 2006: 718). Eine Vielzahl individueller Interessen, Schicksale und Interpretationen des Gemeinwohls werden in Folge zu geteilten Interessen, Schicksalen und Interpretationen des Gemeinwohls. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, im Kollektiv politisch wirksam zu handeln; eine Möglichkeit, die Einzelpersonen zumeist nicht gegeben ist. Durch die aggregative Funktion politischer Parteien drückt sich gesellschaftlicher Pluralismus also in einer demokratischen Sprache aus; der Sprache jener, die auf Basis geteilter Interessen und Schicksalslagen, Ziele gesellschaftlicher Weiterentwicklung formulieren und diese gewaltfrei in demokratischen Prozessen umsetzen wollen. Konflikte werden von der Straße ins Parlament verlegt (vgl. hier die Diskussion der exekutiven Ressourcen politischer Parteien in Abschnitt 2.2). Auf diese Weise regulieren, moderieren und strukturieren Parteien gesellschaftliche Konflikte mit demokratischen Mitteln (Rosenblum 2008).

Ziehen wir um dieses Argument zu illustrieren für einen Moment das klassische historisch-soziologische Entstehungsmodell politischer Parteien heran. Dieses zeigt zum einen, dass Parteien aus unterschiedlichen, historisch kontingenten Interessen- und Schicksalskonstellationen hervorgingen (Lipset/Rokkan 1967). Entscheidend war hierbei vor allem der Konflikt Arbeit vs. Kapital, aus dem im 19. Jahrhundert in den meisten europäischen Staaten auf der einen Seite die ersten Arbeiterparteien, auf der anderen Seite frühe konservativ-bürgerliche Parteien entstanden. Bis heute sind diese zwei politischen Lager für die Parteiensysteme der meisten Staaten Europas konstitutiv. Zudem waren diese Parteien von unterschiedlichen Interpretationen des Gemeinwohls geleitet. Während konservativ-bürgerliche Parteien ihrer Politik meist ein von christlichen oder liberalen Werten geprägtes Gesellschaftsbild zugrunde legten, folgten Arbeiterparteien in der Regel verschiedenen Spielarten marxistischer Programmatik. Erstere tendierten dazu das Gemeinwohl im Sinne eines freien Marktes und traditioneller Werte zu interpretieren; für letztere war der Weg zu einer gerechteren und egalitäreren Gesellschaft nur durch das Primat der Politik über den Markt zu begehen (vgl. Berman 2009).

² Stokes (1999) nennt beispielsweise den Grad der Responsivität politischer Parteien gegenüber öffentlicher Meinung als Grundkriterium für deren demokratische Leistungsfähigkeit, wobei partizipatorische Aspekte vollends vernachlässigt werden.

³ Auf den Begriff des Gemeinwohls kann hier aus Platzgründen nicht erschöpfend eingegangen werden. Für eine kritische Diskussion des Begriffs und eine Erläuterung der Probleme, die der Idee des Gemeinwohls innewohnen siehe Offe 2012.

Verstehen wir in Folge Parteien also auch als Aggregate unterschiedlicher Interpretationen des Gemeinwohls, weist uns dies unweigerlich auf den normativen Aspekt von Parteien und parteilichem Engagement hin. Parteizugehörigkeit ist so betrachtet immer mehr als das rein instrumentelle Verfolgen kollektiver materieller Interessen. Sie ist meist mit einer Vorstellung des Gemeinwohls verbunden. Diese normative Seite politischer Parteien wird uns in diesem Beitrag noch an mehreren Stellen unterkommen. Ohne ihr können Parteien etwa nicht ihre zweite Funktion, die motivationale Funktion, erfüllen.

2.2 Die motivationale Funktion: politische Identitäten schaffen und mobilisieren

Parteien erfüllen eine zweite Schlüsselfunktion in repräsentativen Demokratien. Sie bewegen BürgerInnen zu politischem Engagement und stärken dabei das Vertrauen in den Wert kollektiver Partizipation in politischen Prozessen, von White und Ypi (2010) "demokratischer Ethos" genannt.

Die motivationale Funktion von Parteien ist von normativen und exekutiven Ressourcen abhängig (White/Ypi 2010). Erstens erzeugen Parteien mit ihrer Interpretation des Gemeinwohls (die normative Ressource) politische Identitäten. Politische Weltansichten basieren auf sogenannten Frames, kognitiven Rahmen, die der wahrgenommenen Wirklichkeit Sinn verleihen (vgl. überblickshaft Benford/Snow 2000; Walder 2009). Parteien bieten BürgerInnen unter Rückgriff auf ihre normativen Ressourcen solche Frames - und damit eine politische - Identität an. Sie bilden eine Anhängerschaft (siehe Abschnitt 2.1) indem sie etwa die Leidtragenden einer auf nicht wünschenswerte Weise geordneten Gesellschaft definieren und in deren Namen einen politischer Reformvorschlag artikulieren, für den es sich gemeinsam zu engagieren lohnt (vgl. De Leon et al. 2009). Sheri Berman (2012) zeigt dies etwa sehr überzeugend in ihrer Studie der schwedischen Sozialdemokraten (SAP) in den späten 1920er und 1930er Jahren. Unter Per-Albin Hansson gelang es der SAP mit dem Framing des Wohlfahrtsstaates als "Volksheim" (Folkhemmet), weit über die Arbeiterschaft hinaus AnhängerInnen zu mobilisieren. Der Begriff des "Volksheim" evoziert - wenngleich mit einer nicht unbeabsichtigten nationalistischen Konnotation (Berman 2012: 245-248) - die Idee einer integrierten und solidarischen Gesellschaft, in der jede/r Einzelne ein Recht auf wohlfahrtsstaatliche Unter-

stützung hat. Nicht etwa für eine partikularistische Klientel sollte eine gerechtere Gesellschaft geschaffen werden. Jede(r) schwedische(r) BürgerIn sollte sich hier als politisches Subjekt angesprochen fühlen.

Zweitens benötigen politische Parteien jedoch auch exekutive Ressourcen um ihre motivationale Funktion ausüben zu können (vgl. White/Ypi 2010: 816-817). Darunter sind die Möglichkeiten einer Partei zu verstehen, erfolgreich und direkt auf das Politikgeschehen einzuwirken. Parteien müssen die Möglichkeit des Erfolgs politischen Engagements in Aussicht stellen und können dies auch, weil sie anders als soziale Bewegungen oder deliberative Fora⁴, die meist indirekt auf Politik einwirken indem sie politischen Druck ausüben oder Entscheidungsvorschläge liefern, direkt in Parlamente gewählt werden.

Zum einen können Parteien nur dann effektiv zu politischem Engagement motivieren, wenn sie als Organisationen tatsächlich auf politische Prozesse wie etwa die Gesetzgebung einwirken können. Im Gegensatz zu sozialen Bewegungen ist bei Parteien also ein gewisser Grad der Institutionalisierung die Voraussetzung für erfolgreiche Mobilisierung. Ein Beispiel: Kleinparteien scheitern oft nicht nur aufgrund beschränkter normativer Ressourcen.⁵ Sie scheitern auch an mangelnder Institutionalisierung. Die Mobilisierungskraft einer Kleinpartei kann vor allem durch Sperrklauseln oder Mehrheitswahlrecht eingeschränkt werden (vgl. Hooghe et al. 2006). Zeichnet sich vor Wahlen etwa durch Umfragen ab, dass eine neue Partei die Sperrklausel nicht überwinden wird, ist es zumindest theoretisch unwahrscheinlich, dass sie viele neue Anhänger mobilisieren kann.

Zum anderen müssen BürgerInnen, die sich in Parteien engagieren wollen, auch innerhalb der Partei Einflussmöglichkeiten haben. Dies hängt mit unterschiedlichen Formen von Parteizugehörigkeit zusammen, von denen hier idealtypisch zwei genannt seien: erstere ist von Parteiloyalität, zweite von Programmloyalität angetrieben. Parteizugehörigkeit als Parteiloyalität bezeichnet die Zugehörigkeit zu einer organisierten Gruppe von BürgerInnen mit

4 Siehe überblickshaft Fung 2003.

5 Unter beschränkten normativen Ressourcen verstehe ich insbesondere einen zu partikularistischen Fokus politischer Parteien. Man denke an single-issue Parteien, deren Grundlage die Durchsetzung eines einzelnen politischen Ziels ist. Ein oft angeführtes Beispiel ist etwa die UK Independence Party (UKIP), deren zentrales Thema der EU-Austritt Großbritanniens ist (vgl. Lynch et al. 2011).

größtenteils geteilten politischen Ansichten, wobei die Organisation vorrangig ist. Bei Parteizugehörigkeit als Programmloyalität sind hingegen die politischen Ansichten vorrangig: Parteizugehörigkeit ist hier mit einer normativen Verpflichtung begründet (vgl. Bonotti 2012). Um ihre motivationale Funktion erfüllen zu können, müssen Parteien beide Formen von Parteizugehörigkeit zulassen. Dazu gehört gewiss, dass die Partei im Sinne von Parteiloyalität möglichst viele UnterstützerInnen organisiert. Im Sinne von Programmloyalität sollte allerdings auch Platz für normative Impulse innerhalb der Organisation gelassen werden. Mobilisieren etwa einzelne ParteiaktivistInnen auf lokaler oder föderaler Ebene eine große Anzahl von Parteimitgliedern für ein bestimmtes Anliegen (das mit der programmatischen Ausrichtung der Partei kongruent ist) können dies die Parteieliten nicht einfach ignorieren. Innerparteiliches demokratisches Engagement sollte ernst genommen werden und eine bestimmte Erfolgsaussicht haben. Dies setzt zwangsläufig ein gewisses Maß an Widerspruch innerhalb der Partei voraus, das in der deliberativen Funktion politischer Parteien Ausdruck findet.

2.3 Die deliberative Funktion: politische Debatte ermöglichen

Kommen wir nun zu der vielleicht unbeachteten Funktion politischer Parteien in Demokratien, der deliberativen Funktion. Sie benötigt eine etwas ausführlichere Rechtfertigung, um die ich im Folgenden bemüht bin. Ohne der umfangreichen Literatur deliberativer Demokratietheorie hier gerecht werden zu können, möchte ich zu Anfang einige theoretische Grundaspekte klären.

Die Idee deliberativer Demokratie steht im Mittelpunkt aktueller demokratietheoretischer Debatten (z.B. Habermas 1992; Elster 1998; Dryzek 2000; Chambers 2003; Goodin 2008). Ihre zentrale Prämisse ist, dass politische Präferenzen nicht unveränderlich oder einfach gegeben sind, sondern in inter-subjektiven kommunikativen Prozessen entstehen. Es wird angenommen, dass BürgerInnen sich im Zuge solcher Prozesse auf eine gemeinsame Position oder Entscheidung einigen können, dies aber nicht unbedingt müssen. Während Konsens das regulative Prinzip klassischer deliberativer Demokratiemodelle ist, betont speziell die neuere Literatur zunehmend die Möglichkeit unlösbarer Konflikte und Meinungsverschiedenheiten (Gutmann/Thompson 1996;

Dryzek 2005; Forst 2007). Ausgangspunkt ist hier das Recht der BürgerInnen, Normen, Positionen und Entscheidungen zu kritisieren. Für TheoretikerInnen der deliberativen Demokratie soll Kritik und Widerspruch aber nie unbegründet bleiben. Gleichgültig ob Einigung möglich ist oder nicht, soll politischen Gegnern (und Mitstreitern) möglichst respektvoll und verständlich die eigene Position erläutert werden. Reziproke Rechtfertigung, so das Argument, ist eine Grundbedingung für demokratischen Widerstreit in pluralistischen Gesellschaften.

Insofern wird deliberative Demokratietheorie auch gemeinhin als "Korrektiv" zu traditionellen liberalen oder republikanischen Demokratiemodellen verstanden, die Präferenzen und Standpunkte vergleichsweise statisch behandeln. Politische Parteien werden aus diesem Grund von TheoretikerInnen deliberativer Demokratie oft mit Skepsis betrachtet (für einen Überblick der Kritik siehe Rosenblum 2008: 254-317; Muirhead 2010). Parteien als normative Projekte mit einer relativ dominanten Interpretation des Gemeinwohls, so der Vorwurf, seien inkompatibel mit dem de facto existierenden Wert- und Meinungspluralismus einer Gesellschaft und der Möglichkeit, dass sich Ansichten durch Meinungs Austausch wandeln. Ihre ideologische Ausrichtung verzerre den (organisations-) freien Diskurs mündiger Individuen, dem eine Vielzahl an Vorstellungen des Gemeinwohls zugrunde liegen. Was dabei oft übersehen wird ist, dass Parteien sogar in einem doppelten Sinne eine deliberative Funktion erfüllen und somit auch den Zielen deliberativer Demokratie zuträglich sind.

Zum einen ist Debatte zwischen politischen Parteien, oder zwischen Parteien und anderen gesellschaftlichen AkteurInnen ein zentraler Bestandteil von parteilichem Engagement und politischen Konflikt. Solche diskursiven Begegnungen finden sowohl in Parlamenten als auch in der Öffentlichkeit statt. Parteizugehörige verteidigen ihren Standpunkt gegenüber ihren politischen Kontrahenten und schärfen, konfrontiert mit unterschiedlicher Kritik, gleichzeitig ihre eigene Position (White/Ypi 2011). Russell Muirhead (2006: 722) liefert den normativen Rahmen für inter-parteiliche Deliberation. Er entwickelt das Ideal des/der ethischen Parteizugehörigen oder *ethical partisan*, der/die "weiß wo er/sie steht, aber gleichzeitig weiß, dass es auch andere vernünftige Positionen geben kann." Muirheads' *ethical partisans* tragen politischen Konflikt innerhalb eines demokratisch bestimmten Verfassungsrahmens aus, dessen

Grundnormen sie nicht in Frage stellen. Sie akzeptieren ihre politischen Gegner als legitime Kontrahenten und sind bereit, deren Standpunkte und Argumente aufmerksam anzuhören.

Widerspruch zwischen Parteizugehörigen gehört zum politischen Alltag. Von unserer normativen Perspektive aus gilt es aber, in solchen Debattensituationen keine dogmatische Position einzunehmen. Im Gegenteil verlangt die hier vorgeschlagene Ethik der Parteipolitik einen respektvollen und reflexiven Zugang zu Politik. Das bedeutet letztlich auch, dass politische Positionen möglichst allgemein verständlich begründet werden (und dadurch kritisierbar bleiben) sollten. Werden diese Standards eingehalten, könnte Parteipolitik sogar ein Vorbild für deliberative Prozesse sein.

Zum anderen findet Deliberation innerhalb politischer Parteien statt. Parteimitglieder erörtern, diskutieren und schärfen untereinander politische Positionen - so etwa konkret in lokalen Parteiorganisationen oder auf Parteitag. Im Idealfall treten hier ParteiaktivistInnen an der Basis mit der Parteilite - wie etwa ParlamentarierInnen - in Kontakt.⁶ Auf diese Weise können deliberative Prozesse einen vielversprechenden Mechanismus zur demokratischen Kontrolle der Parteilite bieten. Wie Ware (1979: 78) unter Rückgriff auf Albert O. Hirschmans' (1970) Terminologie von Exit und Voice vorgeschlagen hat, sollte nämlich komplementär zur Exit-Option der WählerInnen, eine Partei nicht mehr zu wählen, eine Voice-Option des innerparteilichen Widerspruchs bestehen, wobei Parteimitglieder in einen nicht-hierarchischen, kritischen Dialog mit der Parteiführung treten können sollen (Teorell 1999). Während Mitglieder hier begründete Kritik und Vorschläge vorbringen könnten, sollte die Parteiführung den Mitgliedern ihre Positionen nachvollziehbar erläutern. Im Gegensatz zu innerparteilichen Umfragen, wo Präferenzen an einem bestimmten Zeitpunkt festgehalten werden, favorisiert dieser prozessorientierte Zugang die dynamische Weiterentwicklung politischer Positionen durch Dialog. Innerparteiliche Demokratie misst sich

⁶ Insbesondere in Bezug auf Parteiliten wird hier gerade in der diskursorientierten Institutionenforschung (discursive institutionalism) von koordinativen Diskurs gesprochen, wobei politische AkteurInnen untereinander in diskursiven Prozessen ihre Positionen entwickeln (Schmidt 2008, insbes. 310-313).

so betrachtet an der Inklusivität innerparteilicher Debatten.

Ich fasse zusammen. Wie ich zu zeigen versucht habe, haben Parteien also auch eine zweifache deliberative Funktion: politischer Diskurs ereignet sich zwischen und innerhalb politischer Parteien. Einige Einwände gegen das vorgebrachte Argument liegen dabei zweifellos auf der Hand. Ich möchte aus Platzgründen aber nur in aller Kürze auf den vielleicht schwerwiegendsten Einwand eingehen, der die Möglichkeit innerparteilicher Deliberation betrifft. Gewiss stellt ein derartiges Modell innerparteilicher Demokratie Anforderungen an Parteien, die besonders von Großparteien kaum erfüllt werden können. Denn ein nicht-hierarchischer Diskussionsprozess zwischen tausenden Parteimitgliedern erscheint logistisch und organisatorisch nicht realisierbar, selbst wenn nur ein kleiner Teil der Mitgliederschaft an diesem Prozess teilnimmt. Nichts desto weniger kann das Ideal eines breiten und dynamischen innerparteilichen Diskurses als Richtschnur für parteiinterne Demokratie taugen. Innerparteiliche Deliberation könnte etwa auf der Ebene der Parteibasis in kleineren Gruppen⁷ stattfinden, denen die Aufgabe obliegt, regelmäßig Entscheidungsvorschläge zu erarbeiten, die direkt in die Parteilinie einfließen. Parteiinterne Hierarchien, die schon bei Michels (1911/1989) als demokratieschädlich bezeichnet werden, könnten auf diese Weise möglichst flach gestaltet werden.

3. Empirische Perspektiven: Organisationaler Wandel und Kandidatenselektion

Nach diesen normativen Vorbemerkungen zu politischen Parteien und Demokratie wollen wir uns nun der Perspektive der empirischen Parteienforschung annehmen. Parteien stehen im Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Forschung. Die Literatur zu Parteien ist dementsprechend umfangreich und methodologisch vielseitig. Der folgende Abschnitt soll einen Überblick über aktuelle Befunde der empirischen Parteienforschung geben, wobei besonderes Augenmerk auf zwei spezifischen Literatursträngen liegt, die für das hier vorgebrachte Argument am relevantesten erscheinen.

⁷ TheoretikerInnen sprechen hier von mini-Öffentlichkeiten bzw. minipublics (für einen Überblick siehe Fung 2003). Diese könnten etwa als dynamische und partizipatorische Fora Mitgliederumfragen ersetzen.

Zunächst werden wir uns mit dem in den vergangenen drei Jahrzehnten beobachteten Wandel politischer Parteien befassen. Vor allem traditionelle Parteien sind demnach immer stärker mit dem Staat verflochten, während ihre Mitgliederzahlen sinken. Damit wir uns aber nicht in einer Vielzahl idealtypischer Parteienkonzepte verlieren, werden die Debatten im Folgenden bewusst reduziert und mit besonderem Fokus auf Organisationsstrukturen wiedergegeben. Letztere sind aufgrund der meist institutionalistisch orientierten Forschungsansätze der Politikwissenschaft deutlich besser dokumentiert als etwa ideologische oder kulturelle Veränderungen.

Dasselbe gilt für jene Literatur, die sich mit Methoden der KandidatInnenselektion und -Rekrutierung in politischen Parteien beschäftigt. Dieser wollen wir uns in einem zweiten Schritt zuwenden. KandidatInnenselektion wird von der Politikwissenschaft als zentraler Prozess parteiinterner Demokratie behandelt. Die rasant wachsende Literatur untersucht wie sich unterschiedliche Selektionsmethoden auf einzelne demokratische Prinzipien wie Repräsentativität, Wettbewerb und Partizipation auswirken. Meist wird argumentiert, dass Parteien, die den vorgegebenen Kriterien zufolge intern demokratisch sind, ein Parteiensystem an sich nicht unbedingt demokratischer machen (vgl. Rahat et al. 2008). Was das genau bedeutet und welche Parameter dabei beachtet werden, möchte ich im Verlauf des Abschnitts zeigen.

3.1 Parteien im Wandel: von der Massen- zur Kartellpartei

Politische Parteien haben sich in Europas repräsentativen Demokratien seit dem späten 19. Jahrhundert stark gewandelt (vgl. überblickshaft Mair 2007). Infolgedessen hat die empirische Parteienforschung ein umfangreiches Arsenal von Begriffen hervorgebracht. Auf die vielleicht wichtigsten Begriffe sei hier kurz verwiesen. Parteipolitik war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Massenparteien geprägt (vgl. Duverger 1954; Lipset/Rokkan 1967). Paradigmatisches Beispiel hierfür sind frühe sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien als Vertreter der ArbeiterInnen im Konflikt Arbeit vs. Kapital. Infolge der graduellen Aufweichung traditioneller sozialer Spannungen in westlichen Gesellschaften entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein weiterer Parteityp, die Catch-all-Parteien (auch: Volksparteien) (Kirchheimer 1966). Wie der Name

bereits verrät, vertritt diese Parteiform der Nachkriegszeit keine bestimmte gesellschaftliche Gruppe oder Partikularinteressen; die Klientel der Catch-all-Partei ist die gesamte Bevölkerung. Die Catch-all-Partei ist hierarchisch organisiert, um im politischen Wettbewerb möglichst handlungsfähig zu sein und ihre Ressourcen effizient koordinieren zu können. Ähnlich wie von Michels schon in Bezug auf Massenparteien beschrieben, werden in der Catch-all-Partei interne Hierarchien institutionalisiert. Ein entscheidender Faktor in dieser Entwicklung ist die Professionalisierung der Politik - eine Tendenz, die sich bereits im späten 19. Jahrhundert abzeichnete, in der Nachkriegszeit jedoch besonders stark zunahm (vgl. Best/Cotta 2000). Denn der mit Catch-all-Parteien verbundene Kapital- und Arbeitsaufwand ist hoch. Hohe Mitgliederzahlen, die Etablierung von Vorfeldorganisationen in verschiedenen Segmenten der Gesellschaft und der steigende Aufwand koordinierter politischer Kommunikation verlangten nach einer hierarchisch-bürokratischen Organisationsform.

Parallel zum Voranschreiten der Professionalisierung der Politik entwickelten sich die Mitglieder- und WählerInnenzahlen der Catch-all-Parteien in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten zunehmend rückläufig (vgl. van Biezen et al. 2012). Unter anderem als Reaktion auf sinkende Einnahmen durch Mitgliederbeiträge bei stark steigenden Kosten vollzog sich ab den 1970er Jahren ein weiterer struktureller Wandel, dessen Resultat der neue Parteitypus der Kartellparteien war (Katz/Mair 1995; Blyth/Katz 2005; Katz/Mair 2009). Wie Koole (1996) richtig anmerkt bezeichnet dieser Begriff weniger einzelne Parteien, als Gruppen von Parteien, die jenseits ideologischer Spannungen gemeinsam auf öffentliche Gelder zugreifen und diese koordinieren.

Kartellparteien eher sind Teil des Staates als Mittler zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Eine zentrale Ressource ist hierbei parteilicher Protektionismus. Parteien schaffen und besetzen Posten um gezielt die staatliche Infrastruktur zu koordinieren (Ennsner-Jedenastik 2012). Die von Kopecky und Mair (2012) herausgegebene Studie von Partei-Protektionismusspraktiken in 15 europäischen Staaten dokumentiert diesen Wandel umfassend. Regierungsparteien - und damit vorwiegend Großparteien - formen immer häufiger Netzwerke der Ressourcenkoordination und -Allokation, die von Parteiliten gesteuert werden. Im Zuge dessen gewinnen Parteiliten insbesondere in traditionellen Großparteien verstärkt an Autonomie

gegenüber Mitgliedern und WählerInnen.⁸ Gleichzeitig, so die These von Katz und Mair (1995; 2009), erhält die Basis mehr Weisungsfreiheit und Eigenständigkeit, um lokal mobilisieren zu können. Gegenseitige Autonomie ersetzt also graduell eine hierarchische Struktur: Parteieliten und Mitglieder agieren weitgehend unabhängig voneinander.⁹ Denn die Interessen der BerufspolitikerInnen - als unmittelbar von den Ressourcen der Partei abhängige AkteurInnen - divergieren von jenen der Mitglieder (und WählerInnen). Ideale und Programm - die normativen Ressourcen politischer Parteien - werden in Folge von einer administrativen Logik verdrängt (vgl. Crouch 2004, siehe unten Abschnitt 4.2). In Hinblick auf die immer autonomer agierende Gruppe der Berufspolitiker konstatierten einige Beobachter die Emergenz einer politischen Klasse, die weniger im Sinne einer geteilten Interpretation des Gemeinwohls handelt, als um den Erhalt ihrer eigenen organisationalen und finanziellen Basis bemüht ist (von Beyme 1993; von Beyme 1996; Borchert/Zeiss 2003).

3.2 KandidatInnenselektion als Maß für innerparteiliche Demokratie?

Der Begriff einer politischen Klasse deutet bereits implizit auf eine Fehlfunktion des Parteiwesens hin. Ist nämlich die gesamte politische Macht in den Händen einer Gruppe von Personen konzentriert, die, in Max

⁸ Kritik am Kartellparteien-Modell übte insbesondere Kitschelt (2000). Kitschelt argumentiert auf Basis eines ökonomischen Demokratiemodells nach Downs (1957), dass durch sinkende Mitglieder- und WählerInnenzahlen Parteieliten nicht von WählerInnen und Parteimitglieder sich dissoziieren, sondern im Gegenteil immer stärker auf deren Anliegen reagieren müssen (z.B. durch Responsivität gegenüber öffentlicher Meinung). Zudem sei Kartellbildung auch im Sinne ideologischer Konvergenz des politischen Mainstreams zu verstehen. Sozialdemokratische und konservative Großparteien rückten ideologisch immer näher zusammen. Dies sei allerdings eine Reaktion auf ein verändertes Meinungs- und Interessenspektrum in post-industriellen Gesellschaften und somit ein struktureller Faktor, der nicht im Innenleben politischer Parteien anzusiedeln ist (siehe Kitschelt 1994, 1995). Vgl. auch Koole (1996) oder Birnir (2010) für kritische Perspektiven und empirische Evaluationen.

⁹ Vgl. hierzu auch Bolleyer (2011) in Hinblick auf unterschiedliche Varianten der internen Organisationsstruktur in relativ jungen Parteien (gegründet seit 1978). Bolleyer unterscheidet zwischen Hierarchie bzw. Stratarchie in tendenziell zentralistischen Parteien und Parteiföderationen in föderalistischen Modellen. Speziell weniger institutionalisierte Parteien lassen sich mit dieser Typologie gut erfassen.

Webers (1922/2010: 1052) Worten, weniger für, als von Politik leben, scheinen als Konsequenz politische Visionen einem technokratischen Pragmatismus zu weichen. Wir werden im vierten Abschnitt des Beitrags darauf zurückkommen. Vorerst möchte ich mich aber noch der internen Dynamik der neuen Parteitypen widmen. Um sich selbst zu erhalten muss sich die politische Klasse nämlich nicht nur staatliche Ressourcen sichern. Sie muss sich auch, mit Bourdieu (1993; 1996) gesprochen, sozial reproduzieren. Mit Gallagher und Marshs (1988) Studie zu Praktiken der KandidatInnenselektion wurden ebendiese Reproduktionsmechanismen erstmals von Seiten der empirischen Politikwissenschaft thematisiert. Die seither entstandenen Studien (z.B. Norris/Lovenduski 1995; Rahat/Hazan 2001; Pennings/Hazan 2001; Hazan/Voerman 2006; Rahat et al. 2008; Hazan/Rahat 2010; Shomer 2012; Spies/Kaiser 2012) widerspiegeln den breiten politikwissenschaftlichen Konsens darüber, dass KandidatInnenselektion der entscheidende Faktor für innerparteiliche Demokratie ist. KandidatInnenselektion entscheidet darüber, wer in demokratischen Wahlen gewählt werden kann, also wer etwa bei Wahlen auf der Parteiliste aufsteigt und an welcher Stelle.

Zwei Prämissen gehen Literatur zu KandidatInnenselektion voraus. Zum einen die Prämisse, dass KandidatInnen selbst entscheidende Funktionen innerhalb einer Partei inne haben. Katz (2001: 278-280) nennt vier solche Funktionen: erstens geben KandidatInnen politischen Parteien ein Gesicht in der Öffentlichkeit; zweitens dienen sie als Personalressource für höhere Ämter in der Partei; drittens repräsentieren sie jeweils spezifische Wahlkreise, gesellschaftliche Gruppen oder Minderheiten; viertens bringt Kandidatur eine parteiinterne Machtposition mit sich.

Zum anderen ergibt sich aus diesen Funktionen, dass die Auswahl der KandidatInnen innerhalb der Partei im Idealfall demokratischen Maßstäben folgen sollte. Reuven Hazan und Gideon Rahat (2010) legen hier dreierlei Maßstäbe an: Partizipation, Repräsentativität und Wettbewerb. Die ideale Methode der KandidatInnenselektion ist demnach (1) möglichst inklusiv, sodass möglichst viele Personen in der KandidatInnenwahl (als KandidatInnen oder im Selektorat) partizipieren können. (2) Der KandidatInnenpool soll gleichzeitig möglichst repräsentativ im Sinne eines sozio-demographischen Abbilds der Gesellschaft sein. (3) Und innerhalb der KandidatInnen soll demokrati-

scher Wettbewerb herrschen - etwa um die angestrebten Plätze auf der Parteiliste.

In der Realität zeigt sich jedoch, dass diese drei Maßstäbe sich nicht linear, sondern oft sogar negativ zueinander verhalten.¹⁰ Hohe Inklusivität resultiert in der Regel in einem mittleren Wettbewerbsniveau und geringer Repräsentativität. Umgekehrt führt geringe Inklusivität meist zu wenig Wettbewerb aber dafür zu hoher Repräsentativität (Hazan/Rahat 2010; Spies/Kaiser 2012). Auffallend ist vor allem, dass Inklusivität und Repräsentativität negativ korrelieren. Grund hierfür ist, dass Frauenquoten das wichtigste Maß für Repräsentativität sind. Werden diese eingeführt, sinkt in Folge die Inklusivität in Bezug auf mögliche KandidatInnen, da (Partei-)Politik stark männlich dominiert ist. Der allgemein hohe Männeranteil erklärt wiederum die geringe Repräsentativität bei besonders inklusiver KandidatInnenrekrutierung. Norris und Lovenduski (1995) weisen in ihrer Studie der Rekrutierungspraktiken politischer Parteien in Großbritannien auf die soziologischen Ursachen des Gender-Bias in der Politik hin.¹¹ Niedrige Frauenquoten können demnach als Ausschlusseffekt in der sozio-demographisch tendenziell homogenen Berufspolitik (vgl. Borchert 2003) interpretiert werden.¹²

Diese empirischen Befunde fügen sich nahtlos in das Funktionsschema der Kartellparteien ein (Rahat et al. 2008: 673). In Kartellparteien ist meist eines von zwei unterschiedlichen Schemata der KandidatInnenrekrutierung vorzufinden, denen wir uns gleich zuwenden werden (Katz 2001). Beide Schemata zielen darauf ab, den Einfluss jener ParteiaktivistInnen zu schwächen, die die Partieliten (etwa durch Nonkonformität mit der Politik der Parteiführung) zu schwächen drohen. Widerstand innerhalb der Partei soll im Sinne der Stabilität des Parteienkartells gezügelt werden. Loya-

10 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die Literatur zu KandidatInnenrekrutierung oft ungenügend der soziologischen und institutionellen Komplexität dieser Prozesse Rechnung trägt. Norris und Lovenduski (1995) Studie stellt insofern eine Ausnahme dar, als hier auf die subjektive Dimension (Vorurteile, Gruppendynamik, etc.) eingegangen wird.

11 Überdies hinaus zeigen Norris und Lovenduski (1995) auch einen racial bias auf, der in einer multikulturellen Gesellschaft wie Großbritannien dementsprechend ausgeprägt ist.

12 Variationen bei Frauenquoten in nationalen Parlamenten werden meist auf unterschiedliche politische Kulturen und dementsprechend unterschiedliche Regelungen zurückgeführt (vgl. Christmas-Best/Kjaer 2007; Narud 2011).

lität zur Parteiführung (Parteiloyalität) soll gefördert, Loyalität zu politischen Zielen (Programmloyalität) eingeschränkt werden.

Eine Möglichkeit den Verlauf der KandidatInnenrekrutierung zu beeinflussen ist die Kontrolle über die Partei stark zu zentralisieren. Zwar bleibt die Selektion von KandidatInnen dabei in den Händen lokaler Parteiorganisationen, Partieliten geben aber mögliche KandidatInnen vor, oder schränken die Auswahl der KandidatInnen stark ein. Die andere Option ist, die Entscheidungsmacht massiv zu dezentralisieren, indem beispielsweise die gesamte Mitgliederschaft in den Selektionsprozess der KandidatInnen einbezogen wird. Dies ist die wahrscheinlichere, weil formell demokratischere und damit intern leichter zu rechtfertigende Strategie. Hier bekommt nämlich eine große Zahl von Mitgliedern die formelle Ermächtigung, in einem für gewöhnlich relativ geschlossenen Prozess autonom mitzustimmen. Wenn ein großes (und großteils passives, vgl. Weldon 2006) Selektorat plötzlich über KandidatInnen mitentscheiden darf, fällt die Entscheidung dann meist zugunsten besonders populärer KandidatInnen aus. Je höher der Popularitätsgrad eines/einer KandidatIn, desto besser steht es um die Chancen, auch von der Mitgliederschaft eine Stimme zu bekommen. Da die populärsten Personen einer Partei in der Regel den Partieliten nahestehen und von diesen unterstützt werden, wird so die Macht über die Parteilisten nach oben (an die Partieliten) und unten (an die Parteimitgliederschaft) gleichzeitig abgegeben. Wie Hazan und Rahat (2010: 152) beispielhaft anhand von New Labour unter Tony Blair zeigen, orientieren sich ParlamentarierInnen dementsprechend dann viel weniger an den lokalen AktivistInnen als an der Parteiführung. Dies geht auf Kosten der wenigen, meist lokal tätigen, aktiven Mitglieder und AktivistInnen in der Mitte der Partei. Diese weisen oft einen hohen lokalen Popularitätsgrad auf, der jedoch aufgrund der Größe der Mitgliederschaft weitgehend verblasst. Die interne Demokratisierung ist hier also primär eine formelle Demokratisierung, durch die letztlich aber die Handlungsautonomie der Parteiführung weiter gestärkt wird.

4. Konsequenzen für die Funktionen von Parteien in repräsentativen Demokratien

Wie haben sich diese strukturellen Veränderungen auf die aggregativen, motivationalen und deliberativen Funktionen politischer Parteien ausgewirkt? Um diese

Frage zu beantworten, möchte ich nun die im vorangehenden Abschnitt diskutierten empirischen Befunde mit den drei zu Anfang entwickelten normativen Standards zusammenführen. Zuvor erscheinen mir aber noch einige Bemerkungen notwendig, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen.

Der Brückenschlag zwischen normativer Theorie und empirischer Parteienforschung wird in der aktuellen Forschung für gewöhnlich nicht gewagt. Hauptgrund hierfür sind die unterschiedlichen Analyseebenen auf denen ParteienforscherInnen einerseits und DemokratietheoretikerInnen andererseits arbeiten (van Biezen/Saward 2008). Während diese primär auf der Meso-Ebene politischer Institutionen arbeiten, setzen sich jene meist mit der Meta-Ebene der Demokratie d.h. demokratischen Idealen auseinander. Die Verbindung beider Felder bringt jedoch, wie im diesem Abschnitt noch zu sehen sein wird, eine Reihe von Vorteilen mit sich, von denen ich drei nennen möchte. Erstens wird die Demokratietheorie im Dialog mit der empirischen Forschung näher an die von ihr beschriebene Realität geführt; zweitens kann die Parteienforschung klarere Aussagen über demokratische Institutionen und Mechanismen treffen, wenn sie von Fragen der normativen Theorie geleitet vorgeht; drittens ist die empirische Forschung weniger tendenziös, wenn normativen Annahmen offengelegt werden, die in der Regel meist implizit bleiben (vgl. Allern/Pedersen 2007).¹³

13 Relevantestes Beispiel scheint mir hier die normative Verzerrung zu sein die mit ökonomischen Demokratiemodellen nach Downs (1957) einhergeht. Diese Modelle dominieren weitgehend den politikwissenschaftlichen Mainstream. Ohne ihre wissenschaftliche Berechtigung oder Tauglichkeit, politische Prozesse zu erklären in Frage zu stellen sei hier darauf verwiesen, dass die minimalistischen normativen Prämissen in Downs'schen Demokratiemodellen keineswegs unumstritten sind. Denn hier wird Partizipation ausschließlich an Wahlen und die demokratische Qualität der Politik an ihrer Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung gemessen. In Folge verschmelzen zentrale Aspekte der Demokratie wie Repräsentativität und Verantwortlichkeit in der Regel im Begriff der Responsivität, also dem Ausmaß, in dem Politikentscheidungen mit der erhobenen Meinung des median voter, d.h. dem Mittelwert öffentlicher Meinung übereinstimmen (vgl. van der Eijk/Franklin 2009: 171; Hobolt/Klemmensen 2005). Wie oben gezeigt kann Repräsentativität jedoch mindestens genauso plausibel soziodemographisch verstanden werden, z.B. gemessen am Frauen- oder Minderheitenanteil in Parteien und Parlamenten (vgl. Hazan/Rahat 2010; Scarrow/Gezgor 2010). Und Verantwortlichkeit bedeutet etwa in einem deliberativen Sinne, dass politische Eliten

Indem ich im ersten Abschnitt normative Standards für die Funktionen politischer Parteien herausgearbeitet habe, fällt das Problem eines versteckten Bias hier nicht an. Es ist offengelegt, an welchen Maßstäben sich die folgenden Argumente orientieren. Vor diesem Hintergrund möchte ich nun schrittweise zeigen wie sich die organisationalen Veränderungen politischer Parteien auf deren aggregative, motivationale und deliberative Funktionen ausgewirkt haben.

4.1 Auswirkungen auf die aggregative Funktion

Beginnen wir mit einer kurzen Rekapitulation der aggregativen Funktion. Parteien ermöglichen politisch wirksames Handeln durch Aggregation von Interessen und Interpretationen des Gemeinwohls, und strukturieren und regulieren damit gesellschaftliche Konflikte. Konflikte werden durch Parteien von der Straße in Parlamente verlegt und damit in eine demokratische Sprache übersetzt. Dies bedeutet, dass Parteien die in der Definition von Sartori (1976: ix) so prominente Rolle des Mittlers zwischen Staat und Zivilgesellschaft einnehmen.

Insbesondere die Kartellbildung von Parteien ist aber für ihre aggregative Funktion abträglich. Denn die Logik der Kartellbildung politischer Parteien führt zu einer organisationalen Eigendynamik, welche die Partei als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Politik schwächt. Werden Parteien nämlich, wie Katz und Mair (1995) in ihrer These behaupten (siehe auch Kopecky/Mair 2012; von Beyme 1993), zu staatlichen Akteurinnen, sind sie kein demokratischer Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte oder politischer Gestaltungsideen mehr; sie sind viel mehr Institutionen professioneller Politik, die unternehmerisch geführt werden, im Sinne der (materieller) Interessen ihrer Führung handeln und versuchen einen Teil ihres Handelns mit der öffentlichen Meinung in Einklang zu bringen. Sie werden zunehmend von karriereorientierten BerufspolitikerInnen geführt, die immer unabhängiger von der Mitgliederschaft der Partei agieren (vgl. Jun 2003), während sinkende Mitgliederzahlen (Mair 2006; van Biezen et al. 2012) nicht nur ihre ursprünglichen finanziellen, sondern auch ihre normativen Ressourcen unterminieren.

Diese Entwicklung weist auf eine zentrale Veränderung in der Funktionsweise politischer Parteien

ihre Entscheidungen innerhalb der Partei vor den Mitglieder diskursiv rechtfertigen müssen (siehe Abschnitt 2.3).

hin: die aggregative Funktion von Parteien ist stark in den Hintergrund getreten. UnterstützerInnen können tendenziell weniger als zuvor durch eine aktive Mitglieberschaft und Basis gewonnen werden, die sich der politischen Debatte stellt und mit einem normativen Angebot zur politischen Partizipation einlädt. Dementsprechend bleibt Parteien in erster Linie die Möglichkeit, kurz vor Wahlen möglichst viele UnterstützerInnen zu mobilisieren. Zwischen den Wahlen agieren sie hingegen als professionalisierte Organisationen im Parteienkartell. Jedoch machen Parteien auch immer wieder strategisch von der aggregativen Funktion gebrauch, da sie durch den Verlust vieler Mitglieder organisational geschwächt wurden. Sie müssen sich allerdings nur zeitweise der aggregativen Funktion bedienen – beispielsweise dann, wenn sie in Opposition sind. Bolleyer (2008) zeichnet diese Strategie am Beispiel der irischen Fianna Fáil nach: so lange die Partei Teil einer Regierungskoalition war und über staatliche Geldressourcen verfügte, konnte sich die Parteiführung erlauben, die Basis und parteilose UnterstützerInnen weitgehend zu ignorieren. Einmal in Opposition, strengten die Parteieliten hingegen Strukturreformen an, um mehr UnterstützerInnen an Bord zu holen. Die Partei griff dabei auch auf Personalressourcen aus Vorfeldorganisationen zurück.

4.2 Auswirkungen auf die motivationale Funktion

Parteien erfüllen eine motivationale Funktion insofern sie mittels ihrer normativen und exekutiven Ressourcen BürgerInnen zu politischem Engagement bewegen. Durch die normative Ausrichtung einer Partei werden politische Identitäten erzeugt, denen eine bestimmte Interpretation des Gemeinwohls zugrunde liegt. Mittels der exekutiven Ressourcen der Partei wird der Erfolg politischen Engagements in Aussicht gestellt - eine Einflussmöglichkeit, die auch innerhalb einer Partei gegeben sein sollte. So kultivieren Parteien idealtypisch einen "demokratischen Ethos" (White/Ypi 2010). Diese Funktion scheint, wie ich im Folgenden argumentieren möchte, in zweifacher Weise vom Wandel der Parteien negativ beeinflusst zu sein.

Erstens ging mit der Kartellbildung politischer Parteien eine Schwächung der normativen Ressourcen der Parteien einher. Etwa Mitte der 1990er Jahre diagnostizierten Politikwissenschaftler die Konvergenz der zwei großen politischen Lager in der Form eines "neoliberalen Konsens" (Crouch 1997; vgl. Kitschelt

1994). Dem Konsens über eine bestimmte Form der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schien ein gradueller Wandel von zukunftsorientierter Politik zu problemorientierter Politik zu folgen. Politik im ersteren Sinne ist ein Projekt mit offenem Ende. Diese Zukunftsausrichtung ermöglicht die kollektive Identifikation mit einem gemeinsamen Ziel, das es schrittweise zu verwirklichen gilt und für das es sich gemeinsam zu engagieren lohnt. Im zweiten Sinne ist Politik auf eine Form der Administration reduziert, die am besten sachkundigen Experten überlassen wird. Fernab des Strebens nach der Verwirklichung von Idealen gibt es hier wenige Möglichkeiten kollektiver Identifikation mit politischen Projekten. Politik soll ausschließlich und möglichst effizient Probleme, wie etwa hohe Inflation oder die mangelnde Integration von Immigranten lösen, statt langfristige Angebote zu machen, die dem vermeintlich überkommenen Zeitalter der großen Ideologien angehören.¹⁴ Denn problemorientierte Politik ist strikt gegenwartsorientiert.

Problemorientierte Politik ist die vorherrschende Politikform in professionalisierten Kartellparteien, da große ideologische Grabenkämpfe oder normative Konflikte die Kartellbildung verunmöglichen würden (vgl. Kitschelt 2000). Die politischen Entscheidungen einer relativ autonomen Parteiführung richten sich hier primär nach der öffentlichen Meinung, die regelmäßig in Umfragen und Fokusgruppen erhoben wird, sowie nach den Befunden fachspezifischer Experten. Durch die mangelnde Affektivität problemorientierter Politik ist die motivationale Funktion politischer Parteien jedoch stark beschnitten.¹⁵

¹⁴ Zum ideologischen Gehalt des technokratischen Pragmatismus siehe Weltman und Billig (2001).

¹⁵ Populäre Lesart dieser normativen Leere und Quelle der Politikverdrossenheit ist die Beobachtung, dass Parteien sich inhaltlich immer weniger voneinander unterscheiden (Hay 2007). An dieser Stelle sei auch kurz auf die Kehrseite der hier beschriebenen Entwicklungen hingewiesen. Mit der Konvergenz der zwei großen politischen Lager haben nämlich meist populistische politische Bewegungen die Möglichkeit bekommen, besagte normative Leere mit stark identitätsbezogenen politischen Projekten zu füllen (vgl. Abedi 2001; Kriesi 2010; Hutter 2012). Am Erfolg des europäischen Rechtspopulismus zeigt sich folglich, wenn auch oft mit dem starken Beigeschmack des Protests gegen den politischen Mainstream, wie normative Ressourcen motivational wirken können. Denn Rechtspopulisten halten der rein problemorientierten Politik ein historisch kontingentes, auf die Zukunft gerichtetes und stark affektives politisches Narrativ entgegen (Betz/Johnson 2004; Berezin 2009).

Zweitens schränkt die Autonomie politischer Eliten die Möglichkeiten Einzelner, sich innerhalb einer Partei zu engagieren stark ein. Wie ich bemüht war in Abschnitt 2.2 zu zeigen, müssen Parteien innerhalb ihrer Organisation Raum für zwei Formen der Parteizugehörigkeit lassen: Parteiloyalität und Programmloyalität. Gewiss sollte das Verhältnis zwischen dieser und jener ausgewogen sein und weder doktrinaire Einheitlichkeit noch partikularistischen Konflikt zur Konsequenz haben. So sehr erstere Form der Parteizugehörigkeit aber wahrscheinlich in jeder Partei immer gern gesehen ist, so schlecht scheint es durch den organisationalen Wandel der Parteien um die Möglichkeiten programmatisch motivierter AktivistInnen zu stehen, in einer Partei neue Mehrheiten zu bilden.

Insbesondere im Mittelbau von Parteien finden sich für gewöhnlich Personen, die aktiv für Politik leben. Diese räumen normativen Verpflichtungen Priorität über Karriereinteressen ein - ein innerparteilicher Aktivismus der sich im Kartellpartei-Modell als für die politischen Eliten problematisch darstellt. Bilden AktivistInnen auf lokaler Ebene nämlich Mehrheiten gegen spezifische politische Agenden oder gar die programmatische Richtung der Parteiführung, steht die parteiinterne Machtverteilung auf dem Spiel. Die exekutive Macht der Parteiliten ist in den meisten Parteien letztlich groß genug um Herausforderungen von unten entgegenzuwirken - etwa durch die Öffnung der KandidatInnenselektionsverfahren, wodurch führungsnahe KandidatInnen bevorzugt werden und ParlamentarierInnen große Anreize haben, sich weniger an der Parteimitte als an der Parteiführung zu orientieren (siehe Abschnitt 3.2).

Wird die Parteimitte geschwächt, also die Segmente der Partei, in denen programmatisch interessierte Mitglieder aktiv tätig sind, verliert parteiliches Engagement für all jene an Reiz, die sich angetrieben von Programmloyalität politisch betätigen möchten. Auch in diesem Sinne ist die motivationale Funktion der Partei also negativ beeinträchtigt.

4.3 Auswirkungen auf die deliberative Funktion

Wie wir gesehen haben erfüllen Parteien auch eine deliberative Funktion. Debatte findet innerhalb und zwischen Parteien statt. Folgt man den Vorgaben deliberativer Demokratietheorie, sollte diese Debatte ein möglichst inklusiver und sachorientierter Diskurs sein. Unterschiedliche Positionen müssen gerechtfertigt

und von anderen Diskursteilnehmern ernst genommen werden (vgl. Bohman/Richardson 2009). Hier werden zweifellos hohe Ansprüche an politisch aktive Menschen gestellt. Das Ideal des *ethical partisanship* (siehe Abschnitt 2.3) schlägt einen reflexiven Zugang zu politischer Debatte vor, der eher regulatives Prinzip zu verstehen ist, als dass es einer empirischen Realität entspricht. Denn eine Politik frei von Emotionen und irrationalen Elementen erscheint illusorisch. Real existierender Pluralismus - auch innerhalb politischer Parteien - setzt unterschiedliche Wertvorstellungen voraus, die sich bis zu einem gewissen Grad rationaler Zugänglichkeit entziehen.¹⁶ Aufgrund der für gewöhnlich angenommenen Inkompatibilität des deliberativen Modells mit Parteien liegen uns kaum empirische Befunde über die deliberative Funktion politischer Parteien vor. Ich möchte allerdings in Bezugnahme auf die empirische Literatur zwei plausible Annahmen zum Status der deliberativen Funktion politischer Parteien herausarbeiten.

Zum einen ist die kommunikative Interaktion von Parteiliten und Parteimitgliedern wahrscheinlich gering. Hauptgrund hierfür ist das Verhältnis wechselseitiger Autonomie von Eliten und Mitgliedern im der Kartellpartei. Wie bereits ausführlich dargestellt bringt der Modus der Kartellpartei eine Dissoziation von Parteiliten und dem Rest der Partei mit sich. Insbesondere AktivistInnen mit hoher Programmloyalität in der Mitte der Partei werden graduell geschwächt. Durch diesen Versuch der Parteiliten die Parteiloyalität zu stärken sinkt das Potenzial für Widerspruch und Debatte innerhalb der Partei. Die vor allem in Hinblick auf die motivationale Funktion thematisierten Hierarchien sind so betrachtet also auch kommunikative Hierarchien: die Entscheidungen der Parteiführung werden kaum gerechtfertigt oder mit den Mitgliedern diskutiert. Aus deliberativer Sicht ist das hochproblematisch, da aufgrund eines auch innerparteilich existierenden Pluralismus an Meinungen kein universeller a priori Konsens über alle Entscheidungen angenommen werden kann. Parteimitglieder unterschreiben mit Beginn ihrer Mitgliedschaft keine unbegrenzte Zustimmung zum Handeln der Parteiführung.

Zum anderen begrenzt die Kartellbildung von Parteien die Möglichkeiten zur Debatte zwischen Parteien. Denn wenn sich (Groß-) Parteien zusammenschließen um gemeinsam staatliche Ressourcen zu koordinieren,

¹⁶ Siehe hierzu etwa die Kritik von Mouffe (2000) am Modell deliberativer Demokratie.

können sie sich nur bedingt substanziellen programmatischen Konflikt leisten. Im Gegenteil: sie müssen diplomatisch miteinander umgehen, um die Stabilität des Kartells nicht zu gefährden. Genau wie innerhalb der Parteien versucht wird programmatischen Konflikt zu vermeiden, wird er auch zwischen Parteien stark begrenzt. Hier sei auch auf die ideologische Konvergenz verwiesen, die sich bei Parteien des politischen Mainstreams nachweisen lässt (siehe Abschnitt 4.2). Die Möglichkeiten für Widerstreit in einem deliberativen Sinne sind also begrenzt. Politische Debatte mag zwar von Parteien für Medien und Öffentlichkeit sichtbar ausgetragen werden. Im nicht öffentlich zugänglichen Bereich der Politik sind fundamentale Konflikte diskursiver Art, insbesondere unter den politischen Eliten des Parteienkartells, aber wenig wahrscheinlich.

Durch den organisationalen Wandel politischer Parteien scheint also auch ihre deliberative Funktion eingeschränkt zu sein. Die von der Parteienforschung konstatierte Dissoziation von Parteimitgliedern und -Eliten könnte so gesehen vielleicht auch als diskursive Dissoziation verstanden werden. Gewiss bedarf Deliberation in politischen Parteien aber noch ausführlicher empirischer Untersuchung. Anerkennen wir einmal die diskursive Dimension politischen Engagements, müssen wir uns verstärkt dieser prozessualen Seite politischer Parteien zuwenden. Insbesondere die Möglichkeiten politisch aktiver Parteimitglieder mit den Parteieliten in einen Diskurs zu treten, und die unterschiedlichen Motivationen der Mitglieder sich an innerparteilicher Debatte zu beteiligen, müssen dabei von der Forschung beachtet werden.

5. Schlussbetrachtungen

Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags war das problematische Verhältnis von politischen Parteien und Demokratie. Seit ihrem Entstehen wurde Parteien Skepsis in Bezug auf ihre Rolle in repräsentativen Demokratien westlicher Prägung entgegengebracht. Wie ich hoffentlich zeigen konnte, ist diese Skepsis nur bedingt begründet. Denn Parteien erfüllen grundlegende Funktionen in repräsentativen Demokratien. Unter Rückgriff auf normative Demokratietheorie habe ich zunächst versucht aggregative, motivationale und deliberative Funktionen von Parteien herauszuarbeiten. Sind solche normativen Prämissen einmal artikuliert, fällt es leichter, sich vor Augen zu führen welchen Beitrag Parteien in repräsentativen Demokratien tatsächlich leisten können und in welcher Weise sie

Defizite aufweisen. Die Erkenntnisse der empirischen Parteienforschung weisen in diesem Sinne auf eine Schwächung der drei Funktionen politischer Parteien hin. Durch ihre Kartellbildung erschöpfen Parteien kaum ihr Potenzial. Besonders schlecht scheint es um die motivationale Funktion der Parteien zu stehen. Aufgrund ihrer veränderten Organisationsstruktur und internen Funktionslogik stimulieren Parteien weniger politisches Engagement, als sie Politikverdrossenheit generieren (vgl. Mair 2006; Offe 2006). Aufgrund der Dissoziation von Parteieliten und -Mitgliedern (sowie letztlich auch Parteieliten und WählerInnen) scheint es dringend notwendig, Parteien strukturell zu öffnen. Offenheit bedeutet in diesem Fall vor allem, dass Parteien sich nicht den innovativen Impulsen verschließen, die sie gegenwärtig zu unterdrücken (AktivistInnen innerhalb der Partei) oder abzuschrecken (politisierte BürgerInnen ausserhalb der Partei) scheinen. Die für die motivationale Funktion so entscheidende normative Innovation kann also nur das Resultat einer organisationalen Reform sein, die innerparteilichen Widerstreit als Bereicherung versteht und dementsprechend vor allem Strukturen für pluralistische Deliberation schafft. Dadurch würde Parteipolitik einen unter den hier entwickelten Prämissen notwendigen Schritt in Richtung eines Prozesses gehen, in den BürgerInnen verstärkt eingebunden werden um im Sinne des Gemeinwohls politische Ergebnisse zu erzielen. Parteien müssen sich also selbst Raum geben, ihre grundlegenden Funktionen in repräsentativen Demokratien zu erfüllen.

Literatur

- Abedi, A. (2002): Challenges to Established Parties: The Effects of Party System Features on the Electoral Fortunes of Anti-Political-Establishment Parties. *European Journal of Political Research*, 41, 551-583
- Allern, E. H./Pedersen, K. (2007): The Impact of Party Organisational Changes on Democracy. *West European Politics*, 30 (1), 68-92.
- Ball, T. (1989): Party. In Ball, J. F./Hanson, R.L. (Hg.): *Political Innovation and Conceptual Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 155-176.
- Bell, D. (1960): *The End of Ideology*. New York: Free Press of Glencoe.
- Benford, R. D./Snow, D.A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639.
- Berezin, M. (2009): *Illiberal Politics in Neoliberal Times*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Berman, S. (2009): The Primacy of Politics versus the Primacy of Economics: Understanding the Ideological Dynamics of the Twentieth Century. *Perspectives on Politics*, 7 (3), 561-578.
- Berman, S. (2012): Social Democracy and the Creation of the Public Interest. *Critical Review*, 23 (2), 237-256.
- Best, H./Cotta, M. (Hg.) (2000): *Parliamentary Representatives in Europe 1848- 2000*. Oxford: Oxford University Press.
- Betz, H./Johnson, C. (2004): Against the current-stemming the tide: the nostalgic ideology of the contemporary radical populist right. *Journal of Political Ideologies*, 9 (3), 311- 327.
- Birnir, J.K. (2010): Where Are the Disgruntled Voters? Voter-Party Relations under Cartelizing Conditions. *Party Politics*, 16 (1), 29-49.
- Bohmann, J./Richardson, H.S. (2009): Liberalism, Deliberative Democracy and 'Reasons that All Can Accept'. *The Journal of Political Philosophy*, 17 (3), 253-274.
- Bolleyer, N. (2008): Inside the Cartel Party: Party Organisation in Government and Opposition. *Political Studies*, 57 (3), 559-579.
- Bolleyer, N. (2011): New party organization in Western Europe: Of party hierarchies, stratachies and federations. *Party Politics*, 18 (3), 315-336.
- Bonotti, M. (2012): Partisanship and Political Obligation. *Politics*, 32(3), 153-161.
- Borchert, J./Zeiss, J. (Hg.) (2003) *The Political Class in Advanced Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Borchert, J. (2003): Professional Politicians: Towards a Comparative Perspective. In Borchert, J./Zeiss, J. (Hg.) (2003) *The Political Class in Advanced Democracies*. Oxford: Oxford University Press, 1-25.
- Bourdieu, P. (1993): From ruling class to the field of power, an interview with Pierre Bourdieu on 'La Noblesse d'État'. *Theory, Culture & Society*, 10 (3), 19-44.
- Bourdieu, P. (1996): *The State Nobility: Elite Schools in the Field of Power*. Oxford: Polity Press.
- Blyth, M./Katz, R. (2005): From Catch-all Politics to Cartelization: The Political Economy of the Cartel Party. *West European Politics*, 28 (1), 33-60.
- Chambers, S. (2003): Deliberative Democratic Theory. *Annual Review of Political Science*, 6, 307-26.
- Christmas-Best, V./Kjær, U. (2007): Why so Few and Why so Slow? Women as Parliamentary Representatives in Europe from a Longitudinal Perspective. In Cotta, M./Best, H. (Hg.): *Democratic Representation in Europe. Diversity, Change and Convergence*. Oxford: Oxford University Press, 77-105.
- Crouch, C. (1997): The Terms of the Neo-Liberal Consensus. *The Political Quarterly*, 68 (4), 352-360.
- Crouch, C. (2004): *Post-democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Dalton, R./Wattenberg M.P. (2002): *Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, R. J./Farrell, D.M./McAllister, I. (2011): The Dynamics of Political Representation. In Rosema, M./Denters, B./Aarts, K. (Hg.): *How Democracy Works. Political Representation and Policy Congruence in Modern Societies*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- De Leon, C./Desai, M./Tugal, C. (2009): Political Articulation: Parties and the Constitution of Cleavages in the United States, India, and Turkey. *Sociological Theory*, 27 (3), 193-219.
- Downs, A. (1957): *An Economic Theory of Democracy*. Boston, M.A.: Addison-Wesley.
- Dryzek, J. (2000): *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, J. S. (2005): Deliberative Democracy in Divided Societies: Alternatives to Agonism and Analgesia. *Political Theory*, 33 (2), 218-242.
- Duverger, M. (1954): *Political Parties: Their Organization and Activities in the Modern State*. London: Methuen.
- Ennsner-Jedenastik, L. (2012): Political Control and Managerial Survival in State-Owned Enterprises. *Governance*, online first.
- Elster, J. (Hg.) (1998): *Deliberative Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Forst, R. (2007): *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fung, A. (2003): Survey Article: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences. *The Journal of Political Philosophy*, 11 (3), 338-367.
- Gallagher, M./Marsh, M. (Hg.) (1988): *Candidate Selection in Comparative Perspective: The Secret Garden of Politics*. London: Sage.
- Goodin, R. E. (2008) *Innovating Democracy: Democratic Theory and Practice after the Deliberative Turn*. Oxford: Oxford University Press.
- Gutmann, A./Thompson, D. (1996): *Democracy and Disagreement*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hay, C. (2007): *Why We Hate Politics*. Cambridge: Polity.
- Hazan, R. Y./Voerman, G. (2006) Electoral Systems and Candidate Selection. *Acta Politica*, 41, 146-162.
- Hazan, R.Y./Rahat G. (2010): *Democracy within parties. Candidate selection methods and their political consequences*. Oxford: Oxford University Press.
- Hendriks, C.M./Dryzek, J.S./Hunold, C. (2007): Turning Up the Heat: Partisanship in Deliberative Innovation. *Political Studies*, 55 (2), 362-383.
- Hirschman, A.O. (1970): *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to decline in firms, organizations and states*. Cambridge, M.A.: Harvard University Press.

- Hobolt, S.B./Klemmensen R. (2008): Government responsiveness and political competition in comparative perspective. *Comparative Political Studies*, 41 (3), 309–337.
- Hooghe, M./Maddens, B./Noppe, J. (2006): Why parties adapt: Electoral reform, party finance and party strategy in Belgium. *Electoral Studies*, 25, 351–368.
- Hutter, S. (2012): Congruence, counterweight or different logics? Comparing electoral and protest politics. In Kriesi, H./Grande, E./Dolezal, M./Helbling, M./Höglinger, D./Hutter S./Wüest, B. (Hg.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 182–206.
- Jun, U. (2003): Great Britain: From the Prevalence of the Amateur to the Dominance of the Professional Politician. In: Borchert, J./Zeiss, J. (Hg.): *The Political Class in Advanced Democracies*. Oxford: Oxford University Press, 164–186.
- Katz, R.S. (2001): The Problem of Candidate Selection and Models of Democracy. *Party Politics*, 7 (3), 277–296.
- Katz, R./Mair, P. (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics*, 1 (5), 5–28.
- Katz, R./Mair, P. (2009): The Cartel Party Thesis: A Restatement. *Perspectives on Politics*, 7 (4), 753–766.
- Kirchheimer, O. (1966): The Transformation of West European Party Systems. In LaPalombara, J./Weiner, M. (Hg.): *Political Parties and Political Development*. Princeton, N.J.: Princeton University Press, 177–200.
- Kitschelt, H. (1994): *The transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, H. (1995): *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kitschelt, H. (2000): Citizens, politicians, and party cartelization: Political representation and state failure in post-industrial democracies. *European Journal of Political Research*, 37, 149–179.
- Koole, R. (1996): Cadre, Catch-All or Cartel? A Comment on the Notion of the Cartel Party. *Party Politics*, 2 (4), 507–523.
- Kopecky, P./Mair, P. (2012): Party Patronage as an Organizational Resource. In Kopecky, P./Mair, P./Spirova, M. (Hg.): *Party Patronage and Party Government in European Democracies*. Oxford: Oxford University Press, 3–16.
- Kriesi, H. (2010): Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values. *West European Politics*, 33 (3), 673–685.
- Kriesi, H./Grande, E. (2012): The transformative power of globalization and the structure of political conflict in Western Europe. In Kriesi, H./Grande, E./Dolezal, M./Helbling, M./Höglinger, D./Hutter S./Wüest, B. (Hg.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 3–35.
- Linz, J. (2006): *Robert Michels, Political Sociology and the Future of Democracy*. New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers.
- Lipset, S./Rokkan, S. (1967) (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York, N.Y.: Free Press.
- Lynch, P./Whitaker, R./Loomes, G. (2011) The UK Independence Party: Understanding a Niche Party's Strategy, Candidates and Supporters. *Parliamentary Affairs*, 65, 733–757.
- Mair, P. (1997): *Party System Change: Approaches and Interpretation*. Oxford: Oxford University Press.
- Mair, P. (2006): Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy. *New Left Review*, 42 (Nov/Dec), 25–51.
- Michels, R. (1911/1989): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Stuttgart: Kröner.
- Mosca, G. (1966): *La classe politica*. Bari: Laterza.
- Mouffe, C. (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Muirhead, R. (2006): A Defense of Party Spirit. *Perspectives on Politics*, 4 (4), 713–727.
- Muirhead, R./Rosenblum, N. (2006) Political Liberalism vs. the Great Game of Politics. *Perspectives on Politics*, 4 (1), 99–108.
- Narud, H.M. (2011): Ascent of the Young, the Smart, and the Professional: Norway's Parliamentary Elite in Comparative Perspective. *Comparative Sociology*, 10 (2011), 840–872.
- Norris, P./Lovenduski, J. (1995): *Political Recruitment: gender, race and class in the British Parliament*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Offe, C. (2006): Political Disaffection as an Outcome of Institutional Practices? Some Post-Tocquevillean Speculations. In Mariano, T./Montero, G. R. (Hg.): *Political Disaffection in Contemporary Democracies: Social Capital, Institutions and Politics*. London: Routledge, 23–45.
- Offe, C. (2012): Whose Good is the Common Good? *Philosophy and Social Criticism*, 38 (7), 665–684.
- Pennings, P./Hazan, R.Y. (2001): Democratizing Candidate Selection: Causes and Consequences. *Party Politics*, 7 (3), 267–275.
- Rahat, G./Hazan, R.Y. (2001): Candidate Selection Methods. An Analytical Framework. *Party Politics*, 7 (3), 297–322.
- Rahat, G./Hazan, R.Y./Katz, R.S. (2008): Democracy and Political Parties. On the Uneasy Relationship between Participation, Competition and Representation. *Party Politics*, 14 (6), 663–683.
- Rosenblum, N. (2008): *On the Side of the Angels An Appreciation of Parties and Partisanship*. Princeton: Princeton University Press.
- Sartori, G. (1976): *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scarrow, S.E./Gezgor, B. (2010): Declining memberships, changing members? European political party members in a new era. *Party Politics*, 16 (6), 823–843.
- Schattschneider, E.E. (1942): *Party Government*. New York, N.Y.: Farrar & Rhinehart, Inc.
- Schmidt, V.A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. *Annual Review of Political Science*, 11, 303–326.

- Shomer, Y. (2012): What affects candidate selection processes? A cross-national examination. *Party Politics* online first article.
- Spies, D.C./Kaiser, A. (2012): Does the mode of candidate selection affect the representativeness of parties? *Party Politics* online first article.
- Stokes, S.C. (1999): Political Parties and Democracy. *Annual Review of Political Science*, 1999, 243-267.
- Teorell, J. (1999): A Deliberative Defence of Intra-Party Democracy. *Party Politics*, 5 (3), 363-382
- Walder, A. G. (2009): Political Sociology and Social Movements. *Annual Review of Sociology*, 35, 393-412.
- Ware, A. (1979): *The Logic of Party Democracy*. London: Macmillan.
- Weber, M. (1922/2010): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Weldon, S. (2006): Downsize my Polity? The Impact of Size on Party Membership and Members Activism. *Party Politics*, 12 (4), 467-481.
- Weltman, D./Billig, M. (2001): The Political Psychology of Contemporary Anti-Politics: A Discursive Approach to the End-of-Ideology Era. *Political Psychology*, 22 (3), 367-382.
- White, J./Ypi, L. (2010): Rethinking the Modern Prince: Partisanship and the Democratic Ethos. *Political Studies*, 58 (4), 809-828.
- White, J./Ypi, L. (2011): On Partisan Political Justification. *American Political Science Review*, 105 (2), 381-396.
- van Biezen, I./Saward, M. (2008): Democratic Theorists and Party Scholars: Why They Don't Talk to Each Other, and Why They Should. *Perspectives on Politics*, 6 (1), 21-35.
- van Biezen, I./Mair, P./Poguntke, T. (2012): Going, going... gone? The decline of party membership in contemporary Europe. *European Journal of Political Research*, 51, 24-56.
- Van der Eijk, C./Franklin, M. N. (2009): *Elections and Voters*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- von Beyme, K. (1993): *Die Politische Klases im Parteienstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- von Beyme, K. (1996): The Concept of Political Class: A new dimension of research on elites. *West European Politics*, 19 (1), 68-87.